

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Thurmann

Druck und Verlag
Thurmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
erscheinende Blatt werden mit 0,30 Mark für die 5
spaltige Zeile oder deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 105

Fernsprecher

Sonnabend, den 8. September 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

Berlin, den 5. September 1930.

Chronik des Tages.

Der deutsche Vorkämpfer in Paris, von Reich, die Unterredung mit dem Außenminister Briand, die Vorbereitung für die bevorstehende Genfer Tagung.

Das Reich hat bei den Vätern angelegt, ein freies und unabhängiges Europa zu schaffen, welches den Interessen aller Völker gerecht ist.

An der Nordsee haben die großen Herrschaftsmächte begonnen.

Das Reichsgeschicht hat den Schriftsteller der „Sambur-Walksetzung“, Grotz, zum Inhalt, wegen der Vorbereitung von Paris zu anderen Jahren Festungsbau verurteilt.

In Minister A. Briand wurde die 69. Generalversammlung der katholischen Deutschen eröffnet.

Der Führer der Möbner nationalsozialistischen Schutzbund, Kurt Schönbach, ist unter dringendem Verdacht verhaftet worden.

Auf dem Genfer Widerstandstreffen führte der holländische Abgeordnete M. J. M. de Waard an Briand's Anrede.

Der Präsident von Argentinien ist von einem Teil seiner Anhänger zum Rücktritt aufgefordert worden. Er lehnte ab, aber die Aufforderung sollte zu leisten.

Der englische Außenminister Henderson ist nach einer Aussprache mit Briand von Paris nach Genf weitergegangen.

Manfred, der „König der Nordsee-Unterwelt“, wurde von Vätern nach Amerika gebracht und von dort auf dem Dampfer nach Amerika abgeschoben.

In Argentinien haben zwei der Spionage beschuldigte Offiziere Selbstmord begangen.

Bei spanischen Aufständern ist ein Seeflugzeug verunglückt. Drei Personen sollen ums Leben gekommen sein.

Das Flugzeug „Vogelweiser“ ist von Madrid nach Dallas (Texas) abgeflogen, um zu verhindern, den von dem Unternehmen gestifteten Preis von 100.000 Mark zu gewinnen. Die 190 Kilometer lange Strecke muß ohne Zwischenlandung zurückgelegt werden.

Die Stadt Santo Domingo auf Haiti ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden, der sämtliche Gebäude zerstört und der Außenwelt unterbrochen.

nistertreffen in Genf — diesmal werden eine Resolution aufgestellt, werden sich doch 14 nicht-europäische Staaten in Genf einfinden — einen Schritt vorwärts bringen zu können. Nach wie vor laßt zwischen der französischen Forderung und dem möglichen deutschen Angebot ein tiefer Graben.

Das Gesicht Europas wird sich somit in Genf nicht wandeln. Am besten hätte kommt es zur Einsetzung einer Kommission, deren offizielle Aufgabe die ist, das Paneuropäerproblem zu studieren, deren praktische Arbeit aber das Begräbnis der paneuropäischen Hoffnungen wird oder doch die Umwandlung einer großen Idee in nichtsagende Resolutionen.

Von den eigentlichen Verhandlungspunkten des Rates selbst, es sind 30 oder 40 an der Zahl, ist wenig zu sagen. Größtenteils sind es unwesentliche Dinge, und sofort Fragen von einiger Bedeutung darunter sind, sind sie in Genf schon zum hundertvierten Male behandelt worden, ohne allerdings gelöst werden zu können. Gegen Vöden schwächen wieder Klagen Vitauens und der deutschen Minderheit. Das ist insoweit von Bedeutung, als die polnische Delegation unter dem Eindruck des Widerstandes des Reichs als Bittschrift auf der Barfüßler Bühne der Beschäftigung unterliegen könnte, im Gegenstand über deutsche Eindrücke mandieren zu setzen.

Die den Besessenen folgende Völkerjammertage des Bundes wird sich über das Ergebnis der Paneuropäerhandlungen informieren wollen, daneben aber auch über den Stand der Abrüstungsverhandlungen, der trotz der Londoner Flottenkonferenz noch immer recht unerfreulich ist. Am 3. November soll dann die ewig „vorbereitende“ Konferenz zu einer neuen Sitzung zusammentreten, und das ist hoffentlich die letzte ihrer Art. Denn jetzt muß endlich in der großen Abrüstungskonferenz, festgelegt werden, ob der Beschluß der allgemeinen Abrüstung eingeleitet oder — in Absehung über die sich daraus ergebenden Konsequenzen — zu Protokoll gehen soll.

Kritik an Panuropa.

Mit gegen Briand's Ideen — Die „Küde“ im Pan-europa-Plan. — Genf, 4. September.

Der zurzeit hier tagende sechste Widerstandstreffen hat mit erfreulicher Deutlichkeit zu den europäischen Einigungsbestrebungen Stellung genommen. Der Führer der Deutschen in Diederichsen, Abgeordneter M. J., betonte in seinem ausführlichen Referat die grundsätzliche Zustimmung der Widerstand zu dem Gedanken eines europäischen Staatenbundes, über aber an den Ideen Briand's stark kritisch.

Der Plan Briand's enthält eine große Lücke, da er nur Staaten lenne und nicht die Völker als Völker, sondern als Bewohner von territorialen Einheiten. Die 35 Millionen, die als Volksgruppen in fremden Staaten leben, wollten auch ihren Anteil an der fest beginnenden Aussprache haben. Wenn Briand in seinem Memorandum betone, daß die Zeit günstig sei, zeige er damit einen Optimismus, der im Hinblick auf gewisse Vorfälle vielleicht nicht ganz begründet sei. Wenn in einzelnen Staaten die Erde werde, so spreche das gegen den Grundgedanken der Gleichberechtigung der Völker.

Wenn die Rede eines Ministers, der auf die Revisionsmöglichkeiten des Verfallens Vertrages anwortet nicht wahr, daß die Lösung der Verträge von der so oft ausgesprochen werde, unparteiisch geprüft werde. Solange es Staatengruppirungen gebe, die ihre deutsche Seite gegen andere europäische Staaten richten, könne man wohl sagen, daß die Staatsmänner Europas vom Gleichschlag der neuen Zeit noch nicht berührt seien.

Man erinnere sich an die letzte Rede Poincaré's, in der dieser die Stimulations-Theorie vertrat. Dem würden die Widerheiten ihren unangenehm Lebenswillen gegenüberstellen. In kulturellen Fragen gebe es nur die Gemeinamkeit der Völker. So wie es heute eine Solidarität der Widerstände gebe, so sei die Forderung der Stunde die Herstellung einer Solidarität der Völker.

Ihre Voraussetzung sei die Herstellung nationaler und futureller Freiheit.

Sei diese gegeben, dann könnte man Brüden zwischen den Völkern schlagen, dann würden die Volksgemeinschaften in fremde Staaten übergreifen und damit ein gemeinschaftliches Interesse am Frieden herstellen. Dann sei auch der Weg zu Panuropa frei. Deshalb müsse der Kongreß der europäischen Nationalitäten Herrn Briand zurufen, nicht nur französisch zu denken, indem er Staat und Volk gleichsetzt, sondern

europäisch. Die Staatsmänner müsse man daran erinnern, daß die Staaten im Gegensatz zu den Volksgemeinschaften von Menschen geschaffene Begriffe seien und nicht ewig dauerten. Von den Völkern Europas aber müsse man volle Verantwortlichkeit fordern und sie auffordern, ihre Interessen nicht allein durch ihre Regierungen vertreten zu lassen. Der jetzt eingeschlagene Weg führe noch nicht zum Ziel. Das Ziel müsse sein: der Frieden Europas auf der Grundlage des Friedens unter den europäischen Völkern.

Die Rede wurde von der Versammlung wiederholt mit großem Beifall aufgenommen.

Die Minister auf Wahlreisen.

Dr. Brüning in Breslau, Dietrich in Baden.

Nach Abschluß der Kabinetsberatungen über die Außenpolitik haben die Minister ihren unterbrochenen Wahlkampf wieder aufgenommen. Reichskanzler Dr. Brüning begab sich zunächst nach Breslau und wird nach kurzen Zwischenaufenthalten in Berlin dem Reichstagsitag in Münster beisehen. Am Montag ist er wieder in Berlin, wo er am Dienstag in einer großen Zentrumsversammlung sprechen wird.

Reichsfinanzminister Dietrich hat sich nach Baden begeben, um dort im Verlaufe der nächsten acht Tage in einer Reihe von Städten in Wahlveranstaltungen zu sprechen. Minister Dietrich kandidiert als Badener bekanntlich zusammen mit Reichsaussenminister Dr. Curtius für die gemeinsame badische Liste der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei.

Treviranus vor den Breslauer Wählern.

Reichsminister Treviranus sprach auf einer Wahlkundgebung der konservativen Volkspartei in der Breslauer Jahrhunderthalle. Er legte sich diesmal bei der Erörterung der außenpolitischen Fragen eine große Zurückhaltung auf. Der Minister stellte als Ziel die Vereinigung der Verträge und die Vereinigung des heimischen Haushalts auf. Den Haushalt in Ordnung zu bringen, erklärte er, so daß kein Gläubigerverwehren aus einem Verlaufe nachweisen kann, muß unser vornehmstes Ziel sein. Solange wir aber die nationale Einheit nicht auf einen höheren Stand gebracht haben, solange werden wir der uns gestellten Aufgabe als Nation nicht gerecht werden. Deshalb behalten wir uns das Recht vor, Revisionsansprüche zu stellen, wenn wir glauben, daß wir auch die innere Stärke haben, einen solchen Anspruch durchzusetzen.

Wer bildet die neue Regierung?

Höfner-Abschiff für Große Koalition.

In einer Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Elberfeld berührte der preussische Finanzminister Höfner-Abschiff die Frage, was nach dem Wahlen die neue Regierung bilden werde. Höfner erklärte dabei die Staatspartei werde die Sozialdemokratie bekämpfen, solange sie sich den Staatsnotwendigkeiten verweigere, sie werde aber die Sozialdemokratie von der staatserhaltenden Mitarbeit nicht ausschließen, wenn diese dazu bereit sei.

Braun über die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun ging in einer Wahlrede, die er in Sensburg in Ostpreußen hielt, ebenfalls auf die Möglichkeiten der Kabinetsneubildung ein. In diesem Zusammenhang erklärte er, daß die Sozialdemokratie sich in entscheidenden und schweren Augenblicken der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit niemals gehescht habe, Verantwortung zu übernehmen. Nach der Wahl werde es sich darum handeln, entweder mit der Sozialdemokratie oder mit Herrn Fischer und den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden. Über es sei auf die Dauer nicht möglich, die Sozialdemokratie zu regieren, weil sie als eine völlig geschlossene einheitliche Front dasche, was man außer dem Zentrum von keiner der anderen politischen Gruppen sagen könne.

Die außenpolitischen Ziele der Deutschen Volkspartei.

Gouverneur v. Dr. Schöner, Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei in Reichstagswahlkreis I, legte in einer Versammlung in Potsdam zur deutschen Außenpolitik u. a. dar, daß mit der Befreiung der Rheinlande ein starker Schritt vorwärts getan und der Boden geebnet für weiteres Vorgehen bei Wiedererlangung der vollen Freiheit und Gleichberechtigung unseres Vaterlandes, wozu neben der Kriegsführung des Saargebietes, der Völkervermittlung und der Gleichstellung Deutschlands in der Welt und der Befestigung der Kriegsschuld-Lage auch die Wiedererlangung deutscher Kolonien gebühre. Fortschritte könnten unter dem gegenwärtigen Reichsverhalten nur das Werk harten Ringens im Verhandlungswege sein.